

Landkreis Teltow-Fläming

Dezernat III
Umweltamt / Untere Naturschutzbehörde
Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 28.08.2024
Auskunft: Frau Heitzwebel
Zimmer: B4-3-04
Telefon: 03371 608-2511
Aktenz.: 41423/24/672

Dezernat IV
A 80 Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
A 80.2 SG Kreisentwicklung
Zinnaer Straße 34
Frau Schönberger

Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde zum:

Bebauungsplan (BP) "Solarpark Langenlipsdorf" der Gemeinde Niedergörsdorf

Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB - Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (UP) nach § 2 Absatz 4 BauGB

Meiner Stellungnahme liegen die folgenden am 04.07.2024 im Umweltamt, SG Untere Naturschutzbehörde, eingegangenen Unterlagen zu Grunde:

- Begründung zum Vorentwurf von 6/2024, Büro Bruckbauer & Hennen Jüterbog
- Planzeichnung zum Vorentwurf von 6/2024, Büro Bruckbauer & Hennen Jüterbog

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

X Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendung:

1. Bei der Bauleitplanung sind, neben der Betrachtung des Schutzgutes „Arten/ Biotope“ im Rahmen der Eingriffsregelung, die Belange des besonderen Artenschutzes zu berücksichtigen. Es ist seitens des Vorhabenträgers zu prüfen, ob bei der Umsetzung des B-Plans die artenschutzrechtlichen Schädigungs- und Störungsverbote für alle planungsrelevanten europarechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten (Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie die europäischen Vogelarten) gem. § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG eingehalten werden. Dies setzt eine fachlich nachvollziehbare Darstellung des entsprechenden Arteninventars im Planungsraum, eine korrekte Abarbeitung der Eingriffsregelung im Umweltbericht sowie eine artenschutzrechtliche Prüfung (Artenschutzfachbeitrag [AFB]) voraus. Entsprechende Kartierungen und eine Artenschutzprüfung fehlen bisher. Eine abschließende fachliche Beurteilung seitens der UNB ist somit noch nicht möglich.
2. Die Eingriffsregelung entsprechend § 18 Abs. 2 BNatSchG ist abschließend auf der Ebene der Bauleitplanung abzuarbeiten. Für den Eingriff in das Schutzgut Boden sind nur Flächen als Ausgleich/Ersatz in Ansatz zu bringen, die nicht von Modultischen überschirmt werden. Daher kann innerhalb des B-Plangebietes auch nur die Flächen mit der Flächenbindung – Dauergrünland Festsetzung 3.3 als Ausgleichfläche zum Ansatz gebracht werden. Bei einem Ausgleich nach HVE von 1:2 wären es bei Umwandlung von Acker in extensiv genutztes

Grünland 19993,60 m², in der Ausgleichbilanzierung wird aber nur ein Ausgleich von 1:1 angesetzt.

3. Gemäß der HVE kann der Eingriff in die Schutzgüter durch die Anlage von Gehölzstreifen im Verhältnis 1: 2 ausgeglichen werden. Die Pflanzung von einer Reihe Eichen mit einem Stammumfang von 8-10 cm entspricht nicht den Vorgaben.
4. Maßnahmeblätter, bzw. die Ausführungen zu den Vermeidungs (V) - und Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen (M) fehlen.

b) Rechtsgrundlage:

zu 1.a.1 § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

zu 1.a.2.-4 § 14, 15, § 17 und § 18 BNatSchG i.V.m. § 1 a BauGB

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

zu.1.a.1.

Im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag ist auf Grundlage einer schlüssigen Artenerfassung zu prüfen, ob es bei der Realisierung des B-Planes zur Verletzung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Absatz 1 BNatSchG kommen kann. Im Ergebnis der Kartierungen sind geeignete Vermeidungs- und funktionserhaltende Maßnahmen zu benennen.

Die Schutzmaßnahmen und v.a. die funktionserhaltenden Maßnahmen im Sinne des § 44 Abs. 5 BNatSchG sind so zu präzisieren, dass bei einer späteren Planumsetzung davon ausgegangen werden kann, dass die Zugriffsverbote eingehalten werden können und die vorgezogene Realisierung der Maßnahmen im Fall der Planumsetzung gewährleistet ist.

Die Kompensationsmaßnahmen sind dafür genau zu quantifizieren und zu verorten. Ferner ist deren Umsetzung sicherzustellen und die langfristige rechtliche Sicherung, Pflege und Kontrolle vorzubereiten (z. B. über Festsetzungen innerhalb des B-Plans oder über dingliche Sicherung im Grundbuch und städtebaulichen Vertrag außerhalb).

Lässt sich trotz Schutzmaßnahmen die Verletzung der Zugriffsverbote nicht ausschließen, sind die Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder für eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG zu prüfen. Die Zugriffsverbote gelten in diesem Fall für alle Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und alle europäischen Vogelarten (§ 44 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 BNatSchG).

zu 1.a.2.-4.

Überarbeitung / Ergänzung der E /A-Maßnahmen. Ein multifunktionaler Ausgleich wäre möglich, wenn es sich um Flächen handelt, welche aus der Intensivbewirtschaftung in Dauergrünland umgewandelt werden. Für das verbleibende Defizit in der Ausgleichsbilanz sind weitere Flächen, u. a. Gehölzplantagen, innerhalb des B-Planes auszuweisen. Außerhalb des B-Plangebietes können auch landschaftspflegerische Maßnahmen, u. a. weitere Flächen Stilllegungen, als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen anerkannt werden. Dabei muss es zu einer Aufwertung der Flächen kommen und diese sind durch einen städtebaulichen Vertrag zu sichern.

Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

Auf Basis faunistischer Kartierungen von Vögeln, Reptilien und Amphibien ist ein Artenschutz-fachbeitrag zu erstellen. Ergeben sich im Zuge der Begehungen Hinweise auf Vorkommen weiterer streng geschützter Arten, sind diese in die Prüfung mit einzubeziehen. Im Konfliktfall sind geeignete Vermeidungs- und funktionserhaltende Maßnahmen zu entwickeln und langfristig zu sichern. Lassen sich die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote trotz Schutzmaßnahmenkonzept nicht sicher einhalten, sind die Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen und darzulegen.

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

Für die artenschutzfachliche Prüfung sind die fachgutachterlichen Kartierungen nach den aktuellen Methodenstandards gemäß dem E-Mail-Verkehr vom 16.01.2024 und 18.01.2024 mit Herr Merabet (Energiequelle GmbH) erforderlich.

2. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

keine

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

keine

3. Weitergehende Hinweise

keine

☐ **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den oben genannten Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens:**

keine natenschutzfachlichen

☐ **Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem oben genannten Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und gegebenenfalls Rechtsgrundlage:**

1. Sind Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes erforderlich sind diese durch einen städtebaulichen Vertrag zu regeln.
Eine zusätzliche privatrechtliche Sicherung z. B. durch Grundbucheintrag ist erforderlich und sinnvoll, sofern die Flächen nicht im Besitz des Vorhabenträgers sind. Nur dann können die Maßnahmen auch bei einer denkbaren Weitergabe oder Veräußerung des Grundstücks an Dritte oder bei geplanter Realisierung auf Grundstücken im Eigentum Dritter durchgesetzt werden.
2. Für die Kompensation von verlorengehenden Feldlerchenrevieren mithilfe von extensiv bewirtschafteten Flächen im Plangebiet des Solarparks ist zweifelsfrei nachzuweisen, dass davon auszugehen ist, dass vorgesehenen Flächen von Feldlerchen langfristig angenommen werden (z. B. anhand von langfristigen Monitoringdaten vergleichbarer Maßnahmenflächen für Feldlerchen in bereits bestehenden Solarparks). Falls dies nicht nachgewiesen werden kann, gilt das Vorsorgeprinzip und die Kompensation für Feldlerchen muss auf externen Flächen erfolgen.
3. Auf dem Gebiet der Gemeinde Niedergörsdorf sind Brutreviere der Wiesenweihe bekannt. Die Wiesenweihe ist nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützt und die Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG sind zu beachten.
In der aktuellen Roten Liste des Landes Brandenburg (Ryslavy et al. 2019) ist die Wiesenweihe in der Kategorie 2 - stark gefährdet - eingestuft. Aufgrund der Seltenheit der Art und dem flächigen Verlust von geeigneten Bruthabitaten können auch intensiv genutzte Agrarstandorte eine besonders hohe funktionsökologische Bedeutung erlangen und sind entsprechend zu prüfen. Eine Störung der lokalen Population liegt bereits bei einer Beeinträchtigung einzelner Brutpaare vor. Ein Vorkommen von Wiesenweihen im Plangebiet kann möglicherweise zu Einschränkungen in der Ausgestaltung des Solarparks führen. Vorkommen der Wiesenweihe sind bei den Brutvogelkartierungen mit zu erfassen und in die artenschutz-rechtliche Prüfung miteinzubeziehen.

4. Auf Seite 25 des Umweltberichtes wird vom Schutzgut Fläche gesprochen, eine Erklärung dazu fehlt.
5. Als Vorbelastung von Lärmemissionen werden in Punkt 8.2.7 „mehrere Sonder- und Verkehrslandeplätze“. Benannt. Hierbei könnte nur der Sonderlandeplatz Oehna in Frage kommen, welcher aber sicher nicht als erhebliche Vorbelastung für das Gebiet von Relevanz sein kann. Welche Verkehrslandeplätze werden bei der Betrachtung der Lärmemission noch in der Bewertung herangezogen?

6. Flächennutzungsplan (FNP)/Landschaftsplan (LP)

Grundsätzlich sind auf der Ebene der Bauleitplanung die örtlichen Ziele, Maßnahmen und Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftsplanung (§§ 9 ff BNatSchG) konkret darzustellen. Für den Bereich des Bauleitplanes liegt ein Landschaftsplan aus 2001 vor, der das Plangebiet teilweise als Landwirtschaftsfläche und teilweise als Wald darstellt. Die Waldfläche bleibt erhalten, die an der nördlichen Plangebietsgrenze im LP gekennzeichneten Flächen für die Neuanlage von Hecken und Baumreihen bleibt weiterhin bestehen.

Der Vorentwurf der Teilfortschreibung des LP für diesen Bereich (Stand Juni 2024) entspricht den fachlichen Anforderungen. Der B-Plan widerspricht demnach den Darstellungen des als Teilplan fortgeschriebenen LP's nicht, da die ursprünglich landwirtschaftlich genutzten Flächen zum überwiegenden Teil weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden können.



[Z] 2.4 Vorranggebiete für die Landwirtschaft

Mit freundlichen Grüßen

B. Paul
SG-Leiterin